



Gegen den Bonner Kriegsvertrag – für einen Friedensvertrag und die bewaffnete Verteidigung des Friedens

Aus der Diskussionsrede des Vorsitzenden der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Genossen Wilhelm Pieck

Deutschland ist noch immer gespalten und hat noch keinen Friedensvertrag erhalten, obwohl sich die alliierten Mächte auf der Potsdamer Konferenz verpflichtet haben, unserem Volk einen Friedensvertrag zu geben. Das ist eine völlig unzulässige Lage, deren Beendigung unser Volk fordert.

Wir haben das gute Recht, für das ganze deutsche Volk die Wiederherstellung normaler Lebensbedingungen zu verlangen. Dazu ist aber erforderlich, daß der Spaltung Deutschlands ein Ende gesetzt und Deutschland als einheitlicher, demokratischer, friedliebender und unabhängiger Staat wiederhergestellt wird. Das deutsche Volk hat das Recht auf einen Friedensvertrag, nach dessen Abschluß alle Besatzungstruppen aus Deutschland abziehen und der Schutz der Grenzen des demokratischen deutschen Staates nationalen deutschen Streitkräften anvertraut wird.

Das deutsche Volk strebt nach Frieden

Das deutsche Volk strebt nach Frieden und hat den Wunsch, normale Beziehungen zu allen Völkern herzustellen und mit ihnen friedlich zusammenzuarbeiten. Aus diesem Grunde lehnt das deutsche Volk die Einbeziehung Deutschlands in aggressive Koalitionen und Mächtegruppierungen ab.

Wir sind der Auffassung, daß Deutschland keinerlei Beschränkungen in der Entwicklung seiner Friedenswirtschaft unterworfen werden darf. Es muß ihm möglich sein, ungehindert am Welthandel teilzunehmen und gleichberechtigt mit anderen Staaten seine Waren auf den Weltmarkt zu bringen. Auch in jeder anderen Hinsicht muß das demokratische und friedliebende Deutschland volle Gleichberechtigung mit anderen Staaten erhalten. Insbesondere muß es das Recht haben, an der friedlichen Regelung der Fragen der europäischen und der internationalen Politik teilzunehmen. Geradezu eine Selbstverständlichkeit ist es, daß ein solches

Deutschland auch in seiner Außenpolitik selbständig sein muß. Die Außenpolitik eines demokratischen Deutschland wird seinen nationalen Interessen entsprechen und mit der Politik der Festigung des Friedens in der ganzen Welt übereinstimmen.

Das sind die grundlegenden nationalen Forderungen des deutschen Volkes. Diese gerechten Forderungen können durch den Abschluß eines Friedensvertrages erfüllt werden, der Deutschland gestattet, sein staatliches, wirtschaftliches und kulturelles Leben auf friedlichen und demokratischen Grundlagen allseitig zu entwickeln.

Von den Besatzungsmächten ist jedoch nur die Sowjetunion, beginnend mit dem Jahre 1946, unabänderlich für den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland eingetreten. In ihrer Note vom 10. März 1952 hat die Regierung der UdSSR den Regierungen der drei Westmächte den Entwurf für die Grundlagen eines Friedensvertrages vorgeschlagen. Diese konkreten Vorschläge haben zum Ziel, die gegenwärtige unnormale Lage Deutschlands zu beenden und eine friedliche Regelung des deutschen Problems zu erreichen. Die drei Westmächte sind jedoch der Erörterung dieser Vorschläge bisher ausgewichen. Sie haben auch keine eigenen Vorschläge gemacht, obwohl sich die Sowjetregierung bereit erklärte, auch eventuelle andere Vorschläge zu prüfen.

Der sowjetische Entwurf der Grundlagen eines Friedensvertrages zeichnet sich dadurch aus, daß er die Verwirklichung aller nationalen Forderungen des deutschen Volkes bringt. Eben deshalb billigen und unterstützen wir diesen Entwurf. Eben deshalb sind wir auch der Auffassung, daß der Kampf für den Friedensvertrag und die Vereinigung Deutschlands die Hauptaufgabe aller patriotischen Deutschen in Ost und West unseres Vaterlandes ist.

Eine Handvoll nationaler Verräter in Bonn und ihre Auftraggeber aus den amerikanischen und westdeutschen Konzernen haben jedoch am beschleunigten Abschluß eines